

Prävention und Förderung – die Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg als Vorbild

Frank Winkler

Die Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg macht sich vor allem für die Prävention und Gesundheitsförderung stark. Für deren Umsetzung haben das Gesundheitsforum Baden-Württemberg und das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Senioren, unter aktiver Beteiligung des Verbandes der Ersatzkassen e. V. (vdek), eine AG „Standortfaktor Gesundheit“ eingerichtet. Im Gesundheitsforum (www.gesundheitsforum-bw.de) sind die maßgeblichen Akteure des Gesundheitswesens im Land vertreten. Die im Gesundheitsforum eingerichtete AG ist der „Motor“ der Umsetzung der Gesundheitsstrategie.

Wichtig für die Umsetzung ist insbesondere die kommunale Ebene, die als Kommunikationsplattform und Drehscheibe der Vernetzung vor Ort fungieren soll. „Good-practice“-Beispiele sollen zur Nachahmung und Weiterentwicklung dienen und für eine messbare Breitenwirkung sorgen. Den Rahmen für Aktivitäten der Krankenkassen und somit gemeinsame und einheitliche Handlungsfelder bietet der Leitfadens Prävention des GKV-Spitzenverbandes in der jeweils aktuellen Fassung.

Projektgruppen

Die Arbeit in den Projektgruppen soll auf der Basis bereits bestehender Konzepte, wie Präventionspakt und Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg, weiterentwickelt werden. Hierzu gehört die Projektgruppe „Gesundheitsziele Baden-Württemberg“. Gesundheitsziele wurden sowohl weltweit als auch bundes- und länderspezifisch bereits entwickelt. In der Projektgruppe sollen nun die Gesundheitsziele auf die Besonderheiten Baden-Württembergs und der Gesundheitsstrategie zugeschnitten und konkretisiert werden. Hierbei werden

nicht nur Ziele zur Krankheitsvermeidung definiert, sondern auch „positive“ Ziele wie zum Beispiel Lebens- oder Arbeitsfreude. Die Herausforderung bei der Definition der Ziele besteht darin, diese möglichst konkret zu formulieren und handhabbar zu machen. Die Gesundheitsziele sind das „methodische Gerüst“, um am Bedarf orientierte und nicht beliebige Ziele festlegen zu können. Eine Vernetzung von Gesundheitszielen und Gesundheitsberichterstattung ist dabei zwingend notwendig. Deshalb wurde eine weitere Projektgruppe eingerichtet, die sich mit dem Aufbau einer auf die Gesundheitsstrategie ausgerichteten „Gesundheitsbericht-



erstattung“ auseinandersetzt. Ohne funktionierende Methoden und Instrumente der Gesundheitsberichterstattung, ohne „Daten für Taten“ können Gesundheitsziele nicht erfolgreich und zukunftsorientiert definiert und umgesetzt werden. Hierbei sollen insbesondere die schon vielfältig vorhandenen Daten genutzt und zusammengeführt werden.

Die Projektgruppe „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ kann bereits auf gute Konzepte zur betrieblichen Gesundheitsförderung verweisen, die jedoch in

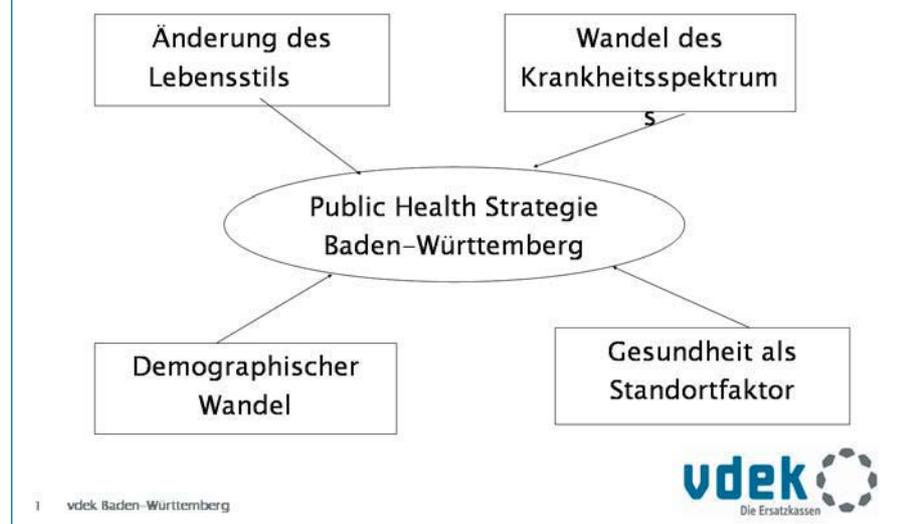
den Unternehmen noch mehr ins Bewusstsein gerückt werden müssen. Zudem sollten kleinere und mittlere Unternehmen in der Umsetzung unterstützt werden. In der „Initiative Betriebliches Gesundheitsmanagement in Baden-Württemberg“ wurden bereits im Jahr 2008 eine Bestandserhebung und -analyse durchgeführt sowie ein Maßnahmenplan beschlossen. Im Jahr 2009 wurde mit der Umsetzung begonnen. Gesundheit auch als Standortfaktor zu sehen, eröffnet eine neue Dimension gesundheitspolitischer Strategien. Aufbauend auf dem „Präventionspakt“, dessen Umsetzung im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie

und der Tätigkeit der Arbeitsgruppe Prävention und Gesundheitsförderung erfolgt ist, setzt hier insbesondere die Projektgruppe „Kommunale Gesundheitskonferenzen/-netzwerke“ an. Denn die Gesundheitsstrategie muss auf der kommunalen Ebene mit Leben gefüllt werden. Den Vorsitz hat hier der Landkreistag. Der vdek hat hier den Co-Vorsitz übernommen, sodass auf die Arbeit dieser Projektgruppe exemplarisch näher eingegangen werden kann.

Förderung und Sicherung

In der Projektgruppe „Kommunale Gesundheitskonferenzen/-netzwerke“ sind neben Vertretern aller Kassenarten ebenso die Deutsche Rentenversicherung, die Kassenärztliche Vereinigung, die Selbsthilfe, der Ärzteverband Öffentlicher Gesundheitsdienst, die Liga der freien Wohlfahrtspflege, der Landessportbund und das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport vertreten; außerdem die Landesstiftung, die Robert-Bosch-Stiftung, der Apothekerverband, die Kreisärzteschaft, die Volkshochschule, der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie sowie das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Senioren und das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum; zudem Ärztenetze, Gesundheitsnetzwerke und Fachkräfte für Gesundheitsförderung der Gesundheitsämter.

Herausforderungen der Public Health Strategie



Das Leitziel der Kommunalen Gesundheitskonferenz ist die Umsetzung der Gesundheitsstrategie des Landes Baden-Württemberg in der Region/Kommune. Die Gesundheitsstrategie des Landes zielt darauf ab, die Gesundheit in allen Lebensphasen und Lebenswelten im Land zu fördern und damit auch den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu sichern. Die Gesundheitskonferenzen sollen in den Stadt- und Landkreisen eingerichtet werden. Die Kommunale Gesundheitskonferenz versteht sich als Verbund der Akteure aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Wirtschaft im Land-/Stadtkreis, mit dem Ziel, die Gesundheit in allen Lebensphasen und Lebenswelten des Land-/Stadtkreises zu fördern. Hierbei bearbeitet die Gesundheitskonferenz kommunale Zielsetzungen und Problemfelder.

Der im September 2010 dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Senioren vorzulegende Bericht beinhaltet einen Rahmenentwurf, der aufzeigen soll, wie eine kommunale Gesundheitskonferenz in ihrer Struktur aufgestellt sein soll. Herauszuarbeiten sind vor allem die jeweiligen Alleinstellungsmerkmale des jeweiligen Land-/Stadtkreises. Präzise ist zu beschreiben, wie und durch wen die regionalen Problemlagen erfasst werden (Analyse). Mit der Strategiefestlegung sollen aus diesen Analysen strukturelle und maßnahmenorientierte Interventionsstrategien entwickelt und abgestimmt werden. Mit der Maßnahmenumsetzung

soll schließlich beschrieben werden, wie und durch wen diese Strategien umgesetzt werden sollen. Im Rahmen einer Evaluation wird die Akzeptanz und Wirksamkeit dieser Umsetzung geprüft.

Die Sitzungsteilnehmer der Projektgruppe haben einen Rahmen für die strukturelle Gestaltung der Gesundheitskonferenz abgesteckt. Dieser beinhaltet die Sitzungsleitung durch den Landrat oder Oberbürgermeister oder einen jeweils benannten Stellvertreter als politischer Entscheidungsträger. Festgelegt werden die Sitzungshäufigkeit, der Sitzungsablauf, Teilnehmer und Mitgliedschaften. Bestehende Netzwerke in den Land- und Stadtkreisen sind einzubinden. Darüber hinaus wird ein Bericht erstellt, der Handlungsempfehlungen enthält. Weitere Kapitel beinhalten die Bildung und Aufgaben von Arbeitsgruppen, die Aufgaben und Ausstattung der Geschäftsstelle der Gesundheitskonferenz, den Finanzierungsplan sowie Fort- und Weiterbildung. Der zweite Teil des Berichts der Projektgruppe „Kommunale Gesundheitskonferenzen/-netzwerke“ widmet sich der inhaltlichen Gestaltung der Gesundheitskonferenzen, die mit praktischen Beispielen aus exemplarischen Landkreisen näher erläutert werden.

Einzelschritte

Sowohl die strukturelle als auch die inhaltliche Gestaltung der Gesundheitskonferenzen wird durch den „Public-Health-Action-Cycle“ (gesundheitspolitischer Aktionszyklus) dargestellt. Die einzelnen Handlungsschritte des „Public-Health-Action-Cycle“ ordnen die einzelnen Arbeitsschritte nach Verantwortlichkeiten zu. Es beginnt mit der Analyse und einer entsprechenden Strategiefestlegung. Es erfolgt dann die Maßnahmenumsetzung und die Evaluation.

Die Verantwortung für die Umsetzung der Gesundheitsstrategie liegt beim Land Baden-Württemberg. Das Engagement der Krankenkassen richtet sich nach den Handlungsmöglichkeiten auf der Grundlage des Leitfadens Prävention des GKV-Spitzenverbands. Die Kommunalen Gesundheitskonferenzen verstehen sich als ausführende kommunale Gremien.

Die Umsetzung der Gesundheitsstrategie vor Ort muss in den Kommunen stattfinden. Der Begriff „Gesundheitskonferenzen“ steht als Synonym für die Vernetzung kommunaler und regionaler Strukturen und die Zusammenführung der Setting-Akteure vor Ort. Die kommunale Ebene ist berufen, als Drehscheibe vor Ort Gesundheitsnetzwerke zu bilden und gesunde Lebenswelten zu schaffen. Bundesweite Beispiele wie etwa das „Gesunde Städte-Netzwerk“, aber auch das „Gesundheitsnetzwerk Schwarzwald-Baar“ zeigen, dass

hier bereits auf vorhandene Strukturen zurückgegriffen werden kann. In dieser Projektgruppe hat der vdek den stellvertretenden Vorsitz inne.

Stärkung regionaler Strukturen

Mit der Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg wird eine aktive regionale Gesundheitsförderungs- und Präventionspolitik gestaltet und umgesetzt. Deshalb kann aus derzeitiger Sicht auf ein Präventionsgesetz verzichtet werden. Im Übrigen werden viele Verträge und Vereinbarungen, mit denen gesundheitliche Versorgung organisiert wird, vor Ort geschlossen. Hierzu zählen etwa die Krankenhausplanung, die spezialisierte ambulante Palliativversorgung oder die Pflegestützpunkte. Die in der Region organisierte zielgerichtete Versorgung beweist die Kompetenz der regionalen Akteure im Gesundheitswesen.

Ziel der Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg ist es, lebensstilbedingte, chronische Erkrankungen und gesundheitliche Einschränkungen effektiver als bisher zu vermeiden oder ihr Auftreten in eine spätere Lebensphase zu verschieben. Die Gesundheitsstrategie setzt verstärkt auf Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung, die als gleichwertige Säule des Gesundheitswesens neben Behandlung, Rehabilitation und Pflege etabliert werden sollen.

Die Gesundheit ist das höchste Gut eines jeden Menschen. Sie ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität der Menschen und hat daher eine hohe Priorität. Gesundheit ist neben Bildung außerdem die wichtigste strategische Ressource und entscheidend für die innovative Kompetenz und die Erwerbsquote einer Volkswirtschaft. Die Konzentration auf eine verbesserte Behandlung entstandener Krankheiten allein reicht nicht mehr aus. Mit der Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg werden diese Zusammenhänge aufgegriffen und im Rahmen einer gesundheitsfördernden Gesamtpolitik beschrieben. Eine Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zeigt: Die Absenkung der Sterberate durch Herz-Kreislaufkrankungen bei Personen, die im Berufsleben stehen, um zehn Prozent bewirkt eine Erhöhung des Wirtschaftswachstums um ein Prozent. Es ist zu hinterfragen, wie das Potenzial, das in der Gesundheit steckt, besser als bisher für den Einzelnen, die Bevölkerung und für Baden-Württemberg genutzt werden kann. Die Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg wird hierzu einen wertvollen Beitrag leisten.

Frank Winkler, stellvertretender Leiter der vdek-Landesvertretung Baden-Württemberg